



Niederschrift

über die Sitzung der Gemeindevertretung Henstedt-Ulzburg 33/1998-2003 am
10. Dezember 2002 im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 19.35 Uhr

Ende: 20.25 Uhr

Anwesend:

- | | |
|-------------------------|------------------------------|
| 1. Bürgervorsteher | Horst Schmidt |
| 2. Gemeindevertreter/in | Joachim Bednorz |
| 3. " | Barbara Behn |
| 4. " | Dietmar Bittner |
| 5. " | Elisabeth v. Bressensdorf |
| 6. " | Simone Brocks |
| 7. " | Hans-Detlev Bruhn |
| 8. " | Thomas Clasen |
| 9. " | Paul Giese |
| 10. " | Heinz-Georg Gülk |
| 11. " | Klaus Kasch |
| 12. " | Edda Lessing |
| 13. " | Horst Löhr |
| 14. " | Annette Marquis |
| 15. " | Horst Ostwald |
| 16. " | Siegfried Ramcke |
| 17. " | Frank Rauen |
| 18. " | Kurt Reinecke |
| 19. " | Clauss-Dieter Rommerskirchen |
| 20. " | Reinhard Schaar |
| 21. " | Kai Schmidt |
| 22. " | Johann Schümann |
| 23. " | Rolf Schulz |
| 24. " | Jens-Uwe Steffen |
| 25. " | Christiane Sülau |
| 26. " | Wilfried Wengler |
| 27. " | Hans-Joachim Werner |

seitens der Gemeindeverwaltung

Bürgermeister Volker Dornquast
Jens Richter als Protokollführer



Bürgervorsteher Schmidt eröffnet die Sitzung und begrüßt die Damen und Herren der Gemeindevertretung und -verwaltung, die erschienenen Bürgerinnen und Bürger sowie die Vertreter der Presse.

Zur heutigen Sitzung wurde fristgerecht und ordnungsgemäß unter Bekanntgabe der Tagesordnung eingeladen. Die Zeit, der Ort und die Tagesordnung der Sitzung der Gemeindevertretung wurden rechtzeitig öffentlich bekannt gemacht. Die Gemeindevertretung ist beschlussfähig.

Tagesordnung:

- 1. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 2. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung 32/1998-2003 am 19.11.2002**
- 3. Anfragen von Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern**
- 4. Investitionsplan für den Durchführungszeitraum 2003 - 2006 mit Finanzplan**
- 5. Haushaltssatzung 2003**
- 6. 9. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg**
- 7. Grünordnungsplan zum Bebauungsplan Nr. 115 „Südlich Schulstraße - westlich Wedentwiete
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -**
- 8. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 9. Grundstücksangelegenheiten**
- 10. Personalangelegenheiten**

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Seitens der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner werden keine Fragen gestellt.



Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

„Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung 32/1998-2003 am 19.11.2002“

Gegen die Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung 32/1998-2003 am 19.11.2002 werden keine Einwendungen erhoben. Sie gilt damit als genehmigt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Anfragen von Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern“

Herr Kasch stellt für die SPD-Fraktion eine Anfrage zum Sanierungsbedarf an den Schulgebäuden in der Gemeinde Henstedt-Ulzburg. Die Anfrage sowie deren Beantwortung sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Auf Vorschlag von Bürgervorsteher Schmidt zur Geschäftsordnung beschließen die Mitglieder der Gemeindevertretung einstimmig, unter dem Tagesordnungspunkt 4 „Investitionsplan für den Durchführungszeitraum 2003 - 2006 mit Finanzplan“ auch den TOP 5 „Haushaltssatzung 2003“ zu beraten; die Beschlussfassung jedoch getrennt durchzuführen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Investitionsplan für den Durchführungszeitraum 2003 - 2006 mit Finanzplan“

Siehe Vorlage.

Herr Giese berichtet als Vorsitzender des Finanzausschusses und stellt kurz den Investitionsplan für den Durchführungszeitraum 2003 – 2006 und die Haushaltssatzung 2003 vor.

Mit der Haushaltssatzung 2003 werden festgesetzt:

im Verwaltungshaushalt die Einnahmen und Ausgaben auf	30.517.000,00 €
im Vermögenshaushalt die Einnahmen und Ausgaben auf	6.315.600,00 €
der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	0,00 €
der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	90.000,00 €



der Höchstbetrag der Kassenkredite auf		2.500.000,00 €
die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf		206,07 Stellen
die Hebesätze für die Realsteuern	Grundsteuer A auf	260 %
	Grundsteuer B auf	275 %
	Gewerbsteuer auf	310 %

Herr Giese verweist ferner auf die vom Finanzausschuss in seiner Sitzung am 02.12.02 beschlossenen Haushaltskürzungen, die zum Teil noch nicht in die Haushaltssatzung eingeflossen sind. Die Ansätze der entsprechenden Haushaltsstellen sind im Rahmen eines Nachtragshaushaltes zu korrigieren.

Frau Lessing schildert für die SPD-Fraktion kurz die schwierigen und intensiven Beratungen zum Investitionsplan und Haushalt, die von der Suche nach immer neuen Einsparungsmöglichkeiten gekennzeichnet waren. Nur so konnte eine Neuverschuldung vermieden und die Schuldentilgung fortgesetzt werden. Allerdings werden nach dem heutigen Stand in den kommenden Jahren keine neuen Investitionsmaßnahmen finanzierbar sein.

Weiter erklärt sie, dass die SPD-Fraktion den eisernen Sparwillen, der letztendlich zur Haushaltskonsolidierung führen soll, unterstützt. Allerdings hätte sie die Kürzung der Mittel für die Präventivarbeit im Suchtbereich gerne vermieden. Gleichzeitig ist sie aber froh, dass es im Bereich der Sozialberatung nicht zu weiteren Reduzierungen gekommen ist.

Herr Rauen beschreibt die Haushaltssituation aus einer Sicht kurz damit, dass bei stagnierenden bzw. verminderten Einnahmen ein langsames aber stetig steigendes Kostenvolumen des Verwaltungshaushaltes zu finanzieren ist. So kommt es auch in diesem Jahr zu einem strukturellen Defizit.

Um diesem Defizit dauerhaft zu begegnen, hält er Ausgabenkürzungen für nicht geeignet. Es ist nur ein Mittel, um akute Engpässe zu mildern. Sparen bedeutet für ihn, Geld für harte Zeiten zurückzulegen. Entsprechende Rücklagen sind nicht vorhanden. Gleichzeitig werden aber Ausgaben beschlossen, wie der Zuschuss für den Gewerbus und die langfristige Anmietung von Räumen für die Gemeindebücherei, die das strukturelle Defizit noch weiter verschärfen werden.

Herr Rauen spricht sich dafür aus nach neuen Lösungen zu suchen, z.B. Lösungen, mit denen andere bereits vergleichbare Probleme bewältigt haben. Auch die von Bürgermeister Dornquast angedeutete übergemeindliche Zusammenarbeit kann zur Bewältigung der Probleme hilfreich sein. Für ihn gehört ferner die Privatisierung von bisher durch gemeindeeigenes Personal geleisteter Arbeit dazu. Die Suche nach Privatisierungsmöglichkeiten darf sich jedoch nicht nur auf die klassischen Privatisierungsfelder, wie Reinigung und Kochen, beziehen, sondern muss auch auf andere Bereiche, wie z.B. den Baubetriebshof und die Betreuung der gemeindlichen Gebäude durch ein Facility-Management, ausgedehnt werden.



Anhand der Steigerung bei den Personal- und Bewirtschaftungskosten bekräftigt er seine Auffassung, dass man sich neben anderen Bereichen diesen Strukturen verstärkt widmen sollte. Darüber hinaus könnten auch für derzeit noch kostenfreie Verwaltungsdienstleistungen, die Einzelnen zuzurechnen sind, kostendeckende Gebühren erhoben werden.

Vermieden werden sollte auf jeden Fall eine dauerhafte Vernachlässigung des Gemeindevermögens und das unbegrenzte Kürzen von freiwilligen Leistungen und damit der gesellschaftlichen und sozialen Infrastruktur. Vielmehr muss in den nächsten Jahren durch strukturelle Einschnitte im Verwaltungshaushalt die Fähigkeit zurückgewonnen werden, auch größere Strukturinvestitionen, wie den Bau von Schulen und Kindergärten, wieder ohne Neuverschuldung finanzieren zu können.

Herr Wengler weist für die CDU-Fraktion darauf hin, dass es zur Umsetzung der vorgesehenen Haushaltssperre von 404.500 € bereits Anfang des nächsten Jahres zu einem Nachtragshaushalt kommen wird. Ferner spricht er sich gegen die vom Sozial- und Gleichstellungsausschuss am 21.11.02 sowie dem Finanzausschuss am 02.12.02 beschlossenen Erhöhungen der Zuschüsse für das Mütterzentrum von 600 € bzw. für die Sozialberatung von 2.400 € aus. Er begründet seine Ablehnung und stellt für den CDU-Fraktion den **Antrag, die Zuschüsse für das Mütterzentrum und die Sozialberatung nicht zu erhöhen.**

Herr Ostwald wendet sich für die SPD-Fraktion gegen den Antrag und erklärt, dass eine Deckung der höheren Zuschüsse über zusätzliche Einsparungen bei den Betriebskosten erfolgen soll.

Der Antrag der CDU-Fraktion,

die Zuschüsse für das Mütterzentrum und die Sozialberatung nicht um 600 € bzw. um 2.400 € zu erhöhen und die Haushaltsmittel bei den Haushaltsstellen 47000.7000 und 47000.7010 auf die im Haushaltsplan ausgewiesenen Beträge von 20.500 € bzw. 18.000 € festzusetzen

wird bei **13 Stimmen dagegen (SPD-Fraktion, Fraktion BUS, Frau Marquis, Herr Steffen)**

mit **14 Stimmen (CDU-Fraktion, Herren Clasen und Löhr)**

angenommen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt den Investitionsplan für den Durchführungszeitraum 2003 – 2006 gemäß Vorlage unter Berücksichtigung der vom Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen.



Der Finanzplan 2002-2006 wird zur Kenntnis genommen.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

„Haushaltssatzung 2003“

Siehe Vorlage.

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2003 gemäß Vorlage unter Berücksichtigung der vom Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

„9. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg“

Siehe Vorlage.

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt die 9. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg gemäß Vorlage.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

**„Grünordnungsplan zum Bebauungsplan Nr. 115 „Südlich Schulstraße - westlich Wedentwiete“
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -**

Siehe Vorlage.



Bürgermeister Dornquast erklärt unter Hinweis auf die Sitzung des Umweltausschusses am 28.11.02 ergänzend, dass die im südwestlichen Bereich des Geltungsraumes des Grünordnungsplanes liegende Fläche mit in die „flächige Gehölzanpflanzung“ integriert wird. Die Pläne werden zur Auslegung entsprechend angepasst.

Beschluss:

- 1. Die Entwürfe des Grünordnungsplanes zum Bebauungsplan Nr. 115 „Südlich Schulstraße - westlich Wedentwiete“ mit dem Erläuterungsbericht für das Gebiet südlich der Schulstraße - westlich der Wedentwiete in Verlängerung der Wismarer Straße - östlich der Gemeindegebietsgrenze - werden gebilligt.**
- 2. Die Entwürfe des Grünordnungsplanes mit dem Erläuterungsbericht dazu sind öffentlich auszulegen. Die nach § 29 BNatSchG anerkannten Naturschutzverbände sowie die betroffenen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 29 LNatSchG zu beteiligen.**

Die Auslegung ist ortsüblich bekannt zu machen.

Beschlussfassung:

- 25 Stimmen dafür
2 Stimmenthaltungen (Fraktion BUS)**

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Seitens der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner werden keine Fragen gestellt.

Bürgervorsteher Schmidt schließt zu den Tagesordnungspunkten 9 „Grundstücksangelegenheiten“ und 10 „Personalangelegenheiten“ die Öffentlichkeit aus.

**Zu Punkt 9 der Tagesordnung:
„Grundstücksangelegenheiten“**

Siehe Anlage zur Niederschrift.

Die Anlage ist vertraulich zu behandeln und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt!



Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

„Personalangelegenheiten“

Siehe Anlage zur Niederschrift.

Die Anlage ist vertraulich zu behandeln und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt!

Im Anschluss an die Beratung und Beschlussfassung zu diesen Tagesordnungspunkten stellt Bürgervorsteher Schmidt die Öffentlichkeit wieder her und gibt die von der Gemeindevertretung gefassten Beschlüsse bekannt.

gez. Horst Schmidt
(Bürgervorsteher)

gez. Jens Richter
(Protokollführer)

Gesehen: gez. Volker Dornquast
 (Bürgermeister)